

**Protokoll  
über die 23. Sitzung des Ortsbeirats Altstadt, Paulsstadt, Feldstadt,  
Lewenberg am 18. Januar 2017**

**Beginn: 18:30 Uhr  
Ende: 21:00 Uhr**

**Ort: Stadthaus, Raum 4.021**

**Anwesenheit:**

**ordentliche Mitglieder**

Dorfmann, Regina	Fraktion 90/DIE GRÜNE
Haring, Stephan	CDU-Fraktion
Hartmann, Thomas	SPD-Fraktion
Lerche, Dirk	ZG AfD
Pötter, Joachim	CDU-Fraktion
Rosehr, Dirk	Fraktion Die Linke
Werner, Frederic	SPD-Fraktion

**stellvertretende Mitglieder**

Graf, Christian	CDU-Fraktion
Möller, Roman	SPD-Fraktion

**Gäste**

Helms, Olaf	Polizei / Kontaktbeamter
Zischke, Thomas	SPD-Fraktion

**Leitung: Hartmann, Thomas  
Protokoll: Dorfmann, Regina**

## **Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung Protokolls der letzten Sitzung
3. Bericht des Vorsitzenden und aus anderen Gremien
4. Verweisungen aus dem Hauptausschuss
  - 4.1. Straßenreinigungskonzept der Landeshauptstadt Schwerin – Änderung der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Schwerin
  - 4.2. Kameraüberwachung auf dem Marienplatz einführen
5. Abbiegeregelungen im Kreuzungsbereich Obotritenring/Wittenburger Straße
6. Grüner Pfeil im Einmündungsbereich Schliemannstraße
7. Reinigung und Instandhaltung der Eisenbahnunterführung Lübecker Straße
8. Verwendung des Anteils des Ortsbeirates am BUGA-Überschuss
9. Sonstiges

Zu 1.

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu 2.

Die Tagesordnung wird bestätigt. Ebenso das Protokoll der letzten Sitzung.

Zu 3.

Der Vorsitzende berichtet von der Informationsveranstaltung zum Ausbau der Straße Großer Moor am 11.01.2017. War die Beteiligung im Vorfeld eher spärlich, so waren dann doch auf der Bürgerversammlung viele Anwohner anwesend. Diese machten ihrem Unmut Luft. Ihre Sorge gilt weniger eventuell wegfallenden Parkplätzen. Sie sprachen sich statt dessen gegen die geplanten Baumfällungen aus und machen sich Sorgen um die Anliegerbeiträge. Hier fühlen sich die Menschen von der Stadt nicht gut mitgenommen. Der Vorsitzende stellt richtig, dass er den Baudezernenten auf der Versammlung nicht unterstützt hat, auch er sieht das Vorgehen der Verwaltung kritisch.

Zu 4.1.

Der OBR äußert gegenüber der Verwaltung sein Befremden darüber, dass ihm das sog. Umsetzungskonzept der „Projektgruppe Videoüberwachung“ in der finalen Fassung vom 11.01.2017 erst am 17.01.2017 und somit unmittelbar vor seiner Sitzung zugeleitet wurde, während der Ordnungsdezernent auf Grundlage dieses Papiers der SVZ ein am 11.01.2017 veröffentlichtes Interview gegeben hat, in dem er die politische Entscheidung zur Videoüberwachung gleichsam vorweggenommen hat.

Zum Antrag der CDU gibt es einen Ersetzungsantrag der SPD. Beide Anträge werden kritisch diskutiert.

Weil der Ersetzungsantrag der SPD der weitergehende ist, wird er zuerst abgestimmt, auf Antrag des OBR-Mitglieds Dirk Lerche werden die Punkte einzeln abgestimmt.

Ergebnis:

Punkt 1: 5/1/1	-	angenommen
Punkt 2a: 5/1/1	-	angenommen
Punkt 2b:2/4/1	-	abgelehnt
Punkt 3: 6/0/1	-	angenommen

Der solchermaßen geänderte Ersetzungsantrag wurde sodann mit 4:1:2 Stimmen angenommen.

Zu 4.2.

Zu diesem TOP gab es am 12.01.2017 eine Informationsveranstaltung, an der der OBR-Vorsitzende teilgenommen hat. Seine Kritik, dass die Reinigungsklassen nicht den tatsächlichen Grad der Verschmutzung berücksichtigen, sondern allein nach abstrakten Kriterien festgelegt werden, wird vom OBR geteilt. Es erfolgt noch keine Abstimmung und Stellungnahme zu der Vorlage. Denn der OBR fühlte sich auch nach dem Bericht über die Informationsveranstaltung und nach Studium der umfangreichen Unterlagen noch nicht ausreichend informiert, um eine fundierte Stellungnahme zu allen Aspekten der Satzungsänderung abzugeben. Dabei ging es insbesondere um die Zuordnung der Straßen(abschnitte) zu den einzelnen Reinigungsklassen. Die vorgenommene Zuordnung in der tabellarischen Übersicht wurde teilweise als fehlerhaft angesehen. Es wurde daher der Wunsch geäußert, in der kommenden Sitzung mit einem Vertreter der Verwaltung bzw. des SDS die offenen Fragen zu klären.

Unabhängig davon erwartet der OBR von der Verwaltung, dass sie neben den Gebühren auch die Sicherheit der öffentlichen Straßen und insbesondere der Geh- und Radwege in den Blick nimmt und im weiteren Verfahren berücksichtigt. Wie bisher sieht auch die geänderte Satzung auf Grundlage des Straßen- und Wegegesetzes MV eine Übertragung der Reinigungspflicht (§ 3) und der Verpflichtung zur Schnee- und Glätteisbeseitigung (§ 4) auf die Anlieger vor. Gerade bei den derzeit herrschenden winterlichen Verhältnissen ist im Zuständigkeitsbereich des OBR an vielen Stellen zu beobachten, dass es bei der Schnee- und Glätteisbeseitigung Missstände gibt, die die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer stark gefährden. Dies dürfte zum einen darauf zurückzuführen sein, dass die LHSN in Bezug auf Geh- und Radwege ihrer Unterhaltungspflicht teilweise seit Jahrzehnten nicht mehr nachkommt. Vor allem die Bürgersteige sind daher an vielen Straßen nicht mehr plan, Gehwegplatten stehen hoch, sind zerbrochen oder fehlen ganz. Dies erschwert nicht nur die Reinigung durch die Anlieger oder macht sie zum Teil nahezu unmöglich. Es wird so auch eine unfaire Lastenverteilung zwischen Kommune und den Anliegern geschaffen, auf die die Haftung vollständig abgewälzt wird. Zum anderen ist seit Jahren zu beobachten, dass die Stadt als Grundstückseigentümerin der sich aus § 4 der Satzung ergebenden Verpflichtung zur Schnee- und Glätteisbeseitigung nicht nachkommt. Beispielhaft sei das Grundstück Friedensstraße 4 (ehemals Berufsschule) mit einer Gehweglänge von ca. 40m genannt. Diese wurde

trotz ergiebiger Schneefälle in den letzten Tagen als einziges Grundstück in diesem Abschnitt der Friedensstr. nicht beräumt.

Der OBR schlägt vor, dass die LHSN an Tagen, in denen die eigenen oder beauftragten Kräfte mit der Schnee- und Glätteisbeseitigung überfordert sind, die Mitarbeiter des KOD zur Verstärkung hiermit beauftragt. Im ganzen wird angeregt zu prüfen, ob die Schnee- und Glätteisbeseitigung nicht zuverlässiger und wirtschaftlicher von städtischen Bediensteten als von externen Unternehmen durchgeführt werden kann.

Zu 5.

Joachim Pötter stellt einen Vorschlag vor, um die Verkehrssituation im Kreuzungsbereich Obotritenring/Wittenburger Straße zu entzerren.

Der Ortsbeirat bittet die Verwaltung um Prüfung, ob in diesem Kreuzungsbereich den aus der Wittenburger Straße (aus Richtung Innenstadt) kommenden Linksabbiegern durch einen grünen Abbiegepfeil („Räumepfeil“) das zeitlich vorrangige Abbiegen ermöglicht werden kann (analog dem Abbiegepfeil vom Obotritenring in die Lessingstraße). Sollte dieses nicht möglich sein, sollten andere Möglichkeiten geprüft werden, den linksabbiegenden Verkehr zügiger in den Obotritenring einfahren zu lassen.

Zu 6.

Der Ortsbeirat setzt sich weiterhin für einen grünen Pfeil aus der Schliemannstraße in die Werderstraße ein. Er erwartet von der Verwaltung die Durchführung der Verkehrszählung im März 2017 und fordert sie insoweit auf, einen Termin vorzuschlagen.

Zu 7.

Der Ortsbeirat fordert die Verwaltung auf, die Bahn AG nachhaltig auf die Durchführung ihrer Instandhaltungspflichten in Bezug auf den Fußgängerdurchgang in der Lübecker Straße hinzuweisen und diese ggf. durchzusetzen. Dies gilt insbesondere in Bezug auf eine dauerhafte und störungsfreie Nutzung der Fahrstühle auf beiden Seiten des Tunnels. Diese Fahrstühle sind häufig defekt, fahren nicht oder stehen einfach mit offenen Türen still. Insbesondere für Familien mit Kinderwagen, für ältere Mitbürger, für Behinderte und alle anderen Menschen mit mobilen Einschränkungen führt dies dazu, dass der Tunnel nicht oder nur unter erheblichem Aufwand passiert werden kann. Das barrierefreie Überqueren der Bahnanlage ist damit nicht gewährleistet.

Der Tunnel selbst ist zudem durch Graffiti, Schmierereien und anderen Müll, den Passanten dort einfach liegen lassen, permanent verschmutzt. Durch wildes Urinieren erhöht sich der Grad der Verwahrlosung und der Gestank macht den Aufenthalt im Tunnel zeitweise unerträglich. Dieser Zustand ist nicht mehr hinnehmbar. Stadt und Bahn müssen sich dringend im Rahmen einer Bahnübergangsschau über die notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung dieser Missstände verständigen.

Zu 8.

Es gibt noch keine weiteren Erkenntnisse und somit auch keinen Beschluss. Das Thema kommt auf der nächsten Sitzung wieder auf die TO. Außerdem wird Frau Thölken von der RAA zu dieser Sitzung eingeladen, damit sie ihre Idee eines öffentlichen Bücherschranks erläutern kann. Wichtig ist, dass für die Stadt keine Folgekosten, z. B. für Reinigung entstehen.

Bisher sind wenig Vorschläge von Bürger/innen zur Verwendung des BUGA-Geldes eingegangen.

Zu 9.

Es wird festgestellt, dass aus terminlichen Gründen kein Mitglied des OBR an der Fahrplankonferenz am 23.01.2017 teilnehmen kann. In Bezug auf eine Beibehaltung der jetzigen Linienführung der Straßenbahnlinie 4 werden von den OBR-Mitgliedern keine Einwände erhoben.

Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Schwerin, den 27.01.2017

gez. Thomas Hartmann  
Vorsitzender

gez. Regina Dorfmann  
Protokoll